



# HESSISCHER LANDTAG

16. 06. 2009

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP**

### **betreffend Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sowie Rechts- und Linksextremismus**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz ausdrücklich für ihre hervorragende Arbeit. Er stellt fest, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes ein wichtiger Garant für die Sicherheit der Menschen in Hessen ist.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Zahlen der Straf- und Gewalttaten sowohl im rechts- als auch im linksextremen Bereich entgegen dem Bundestrend in Hessen weiter rückläufig sind (Straf- und Gewalttaten Rechtsextremismus 2008: 796; 2007: 826. Straf- und Gewalttaten Linksextremismus 2008: 81; 2007: 202). Hessen gehört damit zu den Bundesländern mit niedrigsten Belastungen von rechts- und linksextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten.
3. Der Landtag ist besorgt, dass Deutschland zum Zielspektrum islamistischer Terroristen gehört. Er ist sich bewusst, dass dieses bundesweite Phänomen im Interesse der Sicherheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger ein verstärktes Handeln des Verfassungsschutzes zur Folge haben muss.
4. Der Landtag begrüßt ebenso nachdrücklich, dass die NPD weiterhin unter intensiver Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, da sie fortwährend programmatische Ziele verfolgt, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Nur durch auch zukünftigen, konsequenten Einsatz der Sicherheitsbehörden kann den kriminellen Machenschaften der rechtsextremen Szene mit ihrer Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit begegnet werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass ein Verbot der NPD kein geeigneter Weg ist, um ausländerfeindliche Hetze, rechtsextremistisches Gedankengut und neonazistische Gewalt zu bekämpfen. Er tritt deshalb unverändert für eine konsequente inhaltliche Bekämpfung rechtsextremer Gesinnung durch Engagement für Freiheit und Demokratie aus der Mitte der Gesellschaft ein.
6. Der Landtag begrüßt nachdrücklich, dass die Partei "Die Linke" weiterhin unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht, da sie offenbar fortwährend programmatische Ziele verfolgt, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Sie arbeitet unverändert mit anderen linksextremistischen Parteien wie etwa der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), insbesondere auf kommunaler Ebene, zusammen. Zudem sind offen linksextremistische Zusammenschlüsse wie etwa die Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF), die Sozialistische Linke (SL) und die Antikapitalistische Linke (AKL) im hessischen Landesverband der Partei zunehmend aktiv. Der Landtag nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass im Vorstand der Linkspartei derzeit Personen mit einem Vorlauf oder einer aktiven Mitgliedschaft in den oben genannten offen linksextre-

mistischen Zusammenschlüssen, in trotzistischen Gruppierungen, in der DKP sowie in der Roten Hilfe e.V. (RH) vertreten sind.

7. Der Landtag hält es für unerlässlich, den aktuellen Entwicklungen und den stetig wachsenden Gefahren durch eine personelle Stärkung des Verfassungsschutzes von zusätzlichen 24 Stellen auf damit insgesamt 246 Stellen Rechnung zu tragen. Er würdigt nachdrücklich die Arbeit des Verfassungsschutzes als unabdingbar für die Sicherheit der hessischen Bürgerinnen und Bürger. Demgemäß kommt eine Kürzung der Personalausgaben für das Landesamt für Verfassungsschutz auf den Stand von 2006 und damit um knapp ein Fünftel nicht in Betracht. Der Landtag wird auch in Zukunft mit aller Entschiedenheit entsprechenden Bestrebungen der Fraktion "Die Linke" entgegen treten, die nach der erfolglosen Forderung nach der Abschaffung des Verfassungsschutzes im Jahr 2008 nun offenkundig durch die Hintertür der Mittelkürzungen den Verfassungsschutz aushöhlen will.
8. Der Landtag fordert alle hessischen Bürgerinnen und Bürger auf, sich aktiv am Kampf gegen Extremismus von links und von rechts sowie sämtliche seiner Erscheinungsformen zu beteiligen. Der beste Schutz unserer Verfassung ist der Einsatz für unsere Demokratie mit Herz und Leidenschaft.
9. Der Landtag begrüßt die Aktivitäten des Verfassungsschutzes und der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung, Aufklärung und Prävention extremistischer Gewalt in Hessen. Das kürzlich gegründete "Kompetenzzentrum Rechtsextremismus" und die bereits erfolgreich gestarteten Initiativen "Wölfe im Schafspelz" und "IKARus" sind beispielhafte Projekte der Hessischen Landesregierung im Kampf gegen Rechtsextremismus.
10. Der Landtag stellt fest, dass die zunehmende Gewaltbereitschaft durch Rechts- und Linksextremisten in Hessen der besonderen Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes bedarf. Er verurteilt den Überfall von Rechtsextremisten auf ein Zeltlager im Schwalm-Eder-Kreis im Sommer 2008, bei dem ein wehrloses dreizehnjähriges Mädchen schwer verletzt wurde.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. Juni 2009

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Für die Fraktion der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Rentsch**